

Die deutsche Afrikapolitik: Erneuerung einer ungleichen Zusammenarbeit?

Schlegel, Adrian; Ziai, Aram

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schlegel, A., & Ziai, A. (2021). *Die deutsche Afrikapolitik: Erneuerung einer ungleichen Zusammenarbeit?* (Études de l'Ifri). Paris: Institut Français des Relations Internationales. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80008-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



SEPTEMBER
2021

Die deutsche Afrikapolitik Erneuerung einer ungleichen Zusammenarbeit?



Adrian SCHLEGEL
Aram ZIAI

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über zentrale internationale Fragen informiert und einen Diskussionsrahmen bietet. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch interdisziplinär angelegte Studien und Debatten bringt das Ifri Entscheidungsträger und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Die Tätigkeiten des *Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa* (Forschung und Veröffentlichungen) werden vom Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und vom Planungsstab des Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères gefördert.



Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte tragen der Autor.

ISBN: 979-10-373-0406-3

© Alle Rechte vorbehalten, Ifri, 2021

Bild: Präsident Kagame trifft Kanzlerin Angela Merkel im Rahmen der Konferenz G20 Compact with Africa | Berlin, 30. Oktober 2018.

© Paul Kagame /Search Creative Commons.

Diese Veröffentlichung zitieren:

Adrian Schlegel und Aram Ziai, „Die deutsche Afrikapolitik: Erneuerung einer ungleichen Zusammenarbeit?“, *Études de l'Ifri*, Ifri, September 2021.

Ifri

27 rue de la Procession 75740 Paris Cedex 15 – FRANCE

Tel. : +33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : +33 (0)1 40 61 60 60

Email: accueil@ifri.org

Webseite: ifri.org

Das Cerfa

Das „[Comité d'études des relations franco-allemandes](#)“, zu Deutsch: [Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen](#), wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Es wird paritätisch durch das Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères und das Auswärtige Amt finanziert. Das Cerfa hat den Auftrag, Prinzipien, Bedingungen und Stand der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare mit hohen Beamten, Experten und Journalisten sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses wird diese Aufgabe verwirklicht.

Éric-André Martin ist Generalsekretär des Cerfa und gibt mit Paul Maurice und Marie Krpata, Research Fellows, und Prof. Dr. Hans Stark, Berater für die deutsch-französischen Beziehungen, die Publikationen des Cerfa heraus. Catherine Naiker ist Assistentin im Cerfa.

Über den Autoren

Adrian Schlegel, geboren 1995, hat Politik- und Verwaltungswissenschaft studiert und ist gegenwärtig Teil des sozialwissenschaftlichen Global Studies Programme der Jawaharlal Nehru University, der University of Pretoria und der Humboldt Universität zu Berlin. Er ist freiberuflich als politischer Bildner und Journalist tätig. Adrian Schlegel arbeitet vorwiegend zur Positionierung Internationaler Zusammenarbeit und insbesondere globaler Klimakooperation in ungleichen polit-ökonomischen Machtverhältnissen. Mit diversen jungen transnationalen Kollektiven beschäftigt er sich mit Fragen der Dekolonisierung und globaler Solidarität.

Aram Ziai, geboren 1972, hat Soziologie studiert und in Politikwissenschaft promoviert und habilitiert (zur globalen Strukturpolitik der BRD). Er hat u.a. an den Universitäten von Amsterdam, Wien, Accra, Teheran, Bonn und Hamburg geforscht und gelehrt. Seit er 2014 mit einer von der DFG geförderten Heisenberg-Professur das Fachgebiet „Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien“ an der Universität Kassel begründete, unterrichtet er dort in den Studiengängen Politikwissenschaft und Global Political Economy and Development. Von 2009-2021 war er Sprecher der Sektion Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft.

Zusammenfassung

Die deutsche Afrikapolitik zeichnet sich in den vergangenen Jahren durch internationale Initiativkraft und den Anspruch einer „Partnerschaft auf Augenhöhe“ aus. Dabei deutet der Blick auf Machtkonstellationen in den Kooperationen darauf hin, dass entgegen des eigenen Anspruchs Ungleichheiten reproduziert statt aufgebrochen werden. Ein historischer Blick auf deutsch-afrikanische Beziehungen zeigt, dass das koloniale Erbe die Zusammenarbeit bis heute stark prägt. Die Erörterung gegenwärtiger Konfigurationen und Akteur*innen der deutschen Afrikapolitik ergibt ein mäßig koordiniertes Mosaik von Vorhaben, das sich auch nach geopolitischen Interessen richtet. Als zentrale innenpolitische Legitimation für deutsche Vorhaben offenbart sich der Imperativ der Migrationsminderung, der menschenrechtlich problematisch ist. Richtungsweisend ist zudem eine Außenwirtschaftsförderung unter marktliberalen Gesichtspunkten, die auf lokaler Ebene polit-ökonomische Risiken mit sich bringt. Die zukunftssträchtige klimapolitische Zusammenarbeit ist gegenwärtig durch deutsche Transformationsvisionen dominiert, während in kulturpolitischen Vorhaben Ansätze selbstkritischer Partnerschaftlichkeit sichtbar werden. Der Beitrag schließt mit praktischen Perspektiven emanzipatorischer deutsch-afrikanischer Kooperationen.

Abstract

In recent years, Germany's Africa politics have been characterized by proactive international initiatives and the claim for a "partnership at eye level". However, a look at the power constellations of its cooperation indicates that inequalities are – contrary to Germany's own claims – rather reproduced than reduced. A historical account of German-African relations shows that the colonial legacy still strongly shapes cooperation today. A consequent discussion of current configurations and actors in Germany's Africa policy reveals a moderately coordinated mosaic of schemes that is geared to geopolitical interests. The imperative to reduce migration is revealed to function as the central domestic legitimization for German engagements with African states, having problematic implications for human rights. Another hallmark is the promotion of Germany's businesses through policies of liberalization, carrying political/economic risks on the local level. The promising cooperation on climate issues is currently dominated by German visions for transformation, while approaches of critical partnership are becoming visible in cultural policy projects. The contribution concludes with practical perspectives for emancipatory German-African cooperation.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	7
HISTORISCHER KONTEXT DEUTSCHER AFRIKAPOLITIK	8
ANALYTISCHER ANSATZ	12
GENESE UND STRUKTUREN GEGENWÄRTIGER DEUTSCHER AFRIKAPOLITIK	13
Marshallplan mit Afrika (BMZ)	15
Pro! Afrika (BMWi)	16
Compact with Africa (BMF)	16
Eckpunktepapier ‚Wirtschaftliche Entwicklung Afrikas‘ (Ressortübergreifend)	16
Leitlinien der Bundesregierung ‚Vertiefte Partnerschaft mit Afrika‘ (Ressortübergreifend)	17
Entwicklungsinvestitionsfonds (Ressortübergreifend)	17
Weitere ressortspezifische Initiativen	17
Bundesländer & Kommunen	18
SCHWERPUNKTE DER DEUTSCHEN AFRIKAPOLITIK	20
Migrationspolitik: Innenpolitische Legitimationen deutscher Afrikapolitik auf Kosten der Menschenrechte?	20
Wirtschaftspolitik: Zwischen marktliberaler Außenwirtschaftsförderung und globaler Strukturpolitik?	21
Klimapolitik: Verwobene Herausforderungen, ungleiche Zusammenarbeit?	26
Kulturpolitik: Wege zur Bewältigung kolonialer Kontinuitäten?	29
AUSBLICK: PRAKTISCHE PERSPEKTIVEN EMANZIPATORISCHER ZUSAMMENARBEIT	31

Einleitung

Der afrikanische Kontinent rückt immer näher ins Zentrum deutscher Politik. International wie national versucht die deutsche Bundesregierung seit Jahren Unterstützung für eine Vertiefung der Kooperation mit afrikanischen Staaten zu generieren. Auch in der COVID-19 Pandemie wird betont, dass Deutschland nur in enger Zusammenarbeit mit dem Nachbarkontinent erstartet aus der Krise hervorgehen kann.¹ Der Wille der deutschen Bundesregierung zeigt sich gerade in der Menge der Ressortinitiativen, die in den vergangenen Jahren hervorgebracht wurden. Doch gleichzeitig ist die deutsche Afrikapolitik vielfältiger Kritik ausgesetzt: die Politik sei uninformiert paternalistisch, zu inkohärent und undurchsichtig für politische Partner*innen und adressiere historisch gewachsene sozio-ökonomische Ungleichheiten kaum.

Um einen kritischen Einblick in die gegenwärtige deutsche Afrikapolitik zu erlangen, ist es wertvoll, die Verknüpfungen zu den historischen und geopolitischen Kontexten der deutsch-afrikanischen Beziehungen sichtbar zu machen. Demnach beleuchtet die folgende Analyse insbesondere die Annahmen und Beweggründe hinter aktuellen politischen Leitlinien und erörtert, wie sich die deutsche Afrikapolitik zu globalen polit-ökonomischen Strukturen verhält. Auch wenn deutsche privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Positionen Erwähnung finden werden, liegt der analytische Fokus dieser Studie auf Polity (den Institutionen), den Policies (den Inhalten) und der Politics (den Prozessen) offizieller staatlicher Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland (BRD) mit staatlichen, zivilen und privaten Organisationen auf dem afrikanischen Kontinent. Die Studie baut methodisch auf eine leitfragenbasierte Analyse von offiziellen Dokumenten, Fachliteratur und Hintergrundgesprächen mit deutschen Regierungsvertreter*innen.

Der Beitrag ist in drei zentrale Teile gegliedert. Der erste Part erläutert den historischen Kontext der Beziehungen zwischen der heutigen BRD und afrikanischen Staaten. Der darauffolgende Abschnitt beschreibt die Genese und Strukturen der deutschen Afrikapolitik der Gegenwart. Im dritten Teil werden zwei gegenwärtige und zwei zukunftsweisende Schwerpunktfelder der deutschen Politikgestaltung herausgehoben und auf ihre sozialen und ökonomischen Konsequenzen hin eingeordnet. Im abschließenden Fazit werden praktische Perspektiven für eine emanzipatorische Zusammenarbeit diskutiert.

1. AA: Ratspräsidentschaft Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, 2020.

Historischer Kontext deutscher Afrikapolitik

Die gesellschaftlichen Strukturen, die das prägen, was heute als afrikanischer und europäischer Kontinent voneinander abgegrenzt wird, verweisen auf eine zutiefst miteinander verwobene Geschichte. So ist auch die soziale Beschaffenheit innerhalb der heutigen politischen Grenzen der BRD-Teil einer wechselseitigen Beziehung, die sich historisch durch wandelnde Machtkonstellationen auszeichnet. Bis in das Mittelalter hinein hatten afrikanische Gesellschaften markante Einflüsse auf die Gestaltung von europäischen Institutionen. Auch punktuelle Migrationsbewegungen und Handel zeugen von einer kontinuierlichen Vernetzung.² In der neueren afrikanisch-deutschen Geschichte, stieß die europäische merkantilistische Expansion im 15. und 16. Jahrhundert grundlegende Veränderungen in den Beziehungen an. Im entstehenden transatlantischen Dreieckshandel profitierten im damaligen Heiligen Römischen Reich deutscher Nation ab dem frühen 17. Jahrhundert vor allem große Handelshäuser wie Fugger und Welser oder staatliche Unternehmen wie die Brandenburgisch-Afrikanische Compagnie von intensiver Versklavung auf dem afrikanischen Kontinent.³ Das Unrecht außereuropäischer Eroberung und Ausbeutung ging zunehmend mit diskursiven Legitimationsversuchen einher, die besonders im Einfluss hierarchisierender Rassentheorien deutscher Philosophen des 18. und frühen 19. Jahrhundert sichtbar werden. Während beispielsweise Kant afrikanische Gesellschaften dadurch abwertete, dass er sie im Vergleich zu weißen Europäern für weniger fähig befand, eine universell konstruierte Vernunft zu üben, sprach Hegel ihnen das Vermögen ab, Teil der Menschheitsgeschichte zu sein.⁴ Gleichzeitig bildete sich nicht nur Widerstand gegen die konstruierte Rassifizierung, wie im Beispiel der Kritik des deutschen Philosophen Amo, sondern auch gegen die

2. C. A. Diop: *The African Origin of Civilization: Myth or Reality*. Chicago Review Press, 2012.; Eine Sammlung historischen afrikanischen Einflusses in Mitteleuropa findet sich hier: Black Central European Studies Network: Black Central Europe, 2021. Verfügbar auf: www.blackcentraleurope.com.

3. H. Raphael-Hernandez/P. Wiegink (Hrsg.): *German Entanglements in Transatlantic Slavery*, Routledge, 2020.

4. B. Boxill: „Kantian Racism and Kantian Teleology“, In: *The Oxford Handbook of Philosophy and Race*, Oxford University Press, 2017.; O. Taiwo: „Exorcising Hegel’s Ghost: Africa’s Challenge to Philosophy“, In: *African Studies Quarterly*, 1.4, 1998, S. 3-16.

zunehmende Landnahme deutscher Handelsleute auf dem afrikanischen Kontinent.⁵

Ende des 19. Jahrhunderts bewegte der Druck deutscher Kaufleute sowie geopolitische Interessen das neu gegründete Deutsche Kaiserreich zur Forcierung imperialer Afrikapolitik.⁶ Im Anschluss an die koloniale Teilung des afrikanischen Kontinents im Zuge der Berliner Konferenz 1884, wurden mit der Besetzung deutscher „Schutztruppen“ folgende Gebiete auf dem afrikanischen Kontinent als Kolonien des Deutschen Reichs deklariert: Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika, Kamerun, Togo und Wituland (siehe auch Abbildung 1).⁷ Gegen die dort vorherrschende Unterdrückung und Ausbeutung gab es große Widerstände, die aber wie im Fall des Maji Maji Aufstandes in Deutsch-Ostafrika vom deutschen Kolonialregime blutig niedergeschlagen wurden. Die deutsche Gewalt gipfelte im Völkermord an den Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika.⁸ Auch nach dem Verlust der Kolonien während des ersten Weltkriegs, blieben in der Weimarer Republik koloniale Phantasien über den afrikanischen Kontinent in medialer Imagination und politischer Programmatik öffentlich kaum verurteilt. Kolonialrassistische Ideen und Praktiken ebneten schließlich auch den Weg für das nationalsozialistische Regime und die Gräueltaten der Shoah⁹ und prägten auch nach 1945 zwei deutsche Gesellschaften, die unterschiedliche Wege des Neubeginns deutsch-afrikanischer Beziehungen verfolgten.¹⁰

5. Eine Übersicht zu Widerstand gegen deutschen Kolonialismus findet sich hier: P. Ebené u.a.: *Widerstand*, abok, 2008. Verfügbar auf: www.africavenir.org.

6. Einen Überblick über die deutsche Kolonialgeschichte findet sich hier: S. Conrad: *German Colonialism: A Short History*, Cambridge University Press, 2011.

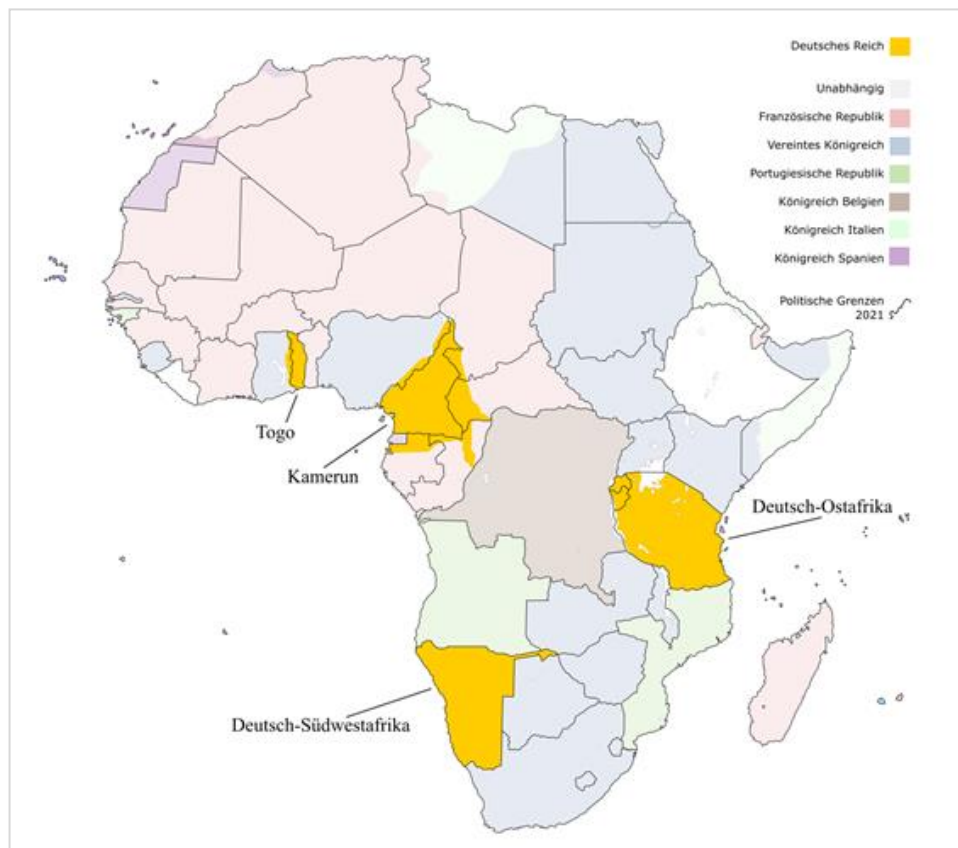
7. Deutsch-Ostafrika (1884-1918) umfasste Teile der heutigen Vereinigten Republik Tansania, der Republik Burundi und der Republik Ruanda; Deutsch-Südwestafrika (1884-1915) umfasste das Gebiet der heutigen Republik Namibia; Kamerun (1884-1916) umfasste Teile der heutigen Republik Kamerun, der Zentralafrikanischen Republik, der Republik Tschad, der Republik Kongo, der Gabunischen Republik, und der Bundesrepublik Nigeria; Togo (1884-1914) umfasste Teile der heutigen Republik Togo und Republik Ghana; Wituland umfasste einen Teil der heutigen Republik Kenia (1885-1890).

8. J. Zimmerer/J. Zeller: *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen*. Ch. Links 2003.

9. B. Madley: „From Africa to Auschwitz: How German South West Africa Incubated Ideas and Methods Adopted and Developed by the Nazis in Eastern Europe“, In: *European History Quarterly*, 35.3, 2005, S.429-464.

10. D. van Laak, *Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880 bis 1960*, Paderborn: 2004.

Abbildung 1: Deutsche und europäische Kolonialgebiete auf dem afrikanischen Kontinent 1913 – über politischen Grenzen der Gegenwart



Eigene Abbildung¹¹.

Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) setzte sich unter der Fahne internationaler Solidarität für Dekolonisierungsbestrebungen ein und ging anschließend Bündnisse mit einzelnen sozialistisch orientierten „Bruderstaaten“ ein. Eine dennoch paternalistische Afrikapolitik fokussierte sich auf Technologieexport und die Ausbildung junger afrikanischer Menschen (mit anschließender Lohnarbeitsverpflichtung) durch die DDR.¹² Die BRD setzte sich zunächst weniger aktiv gegen bestehende Kolonisierung ein und wurde in ihrer Afrikapolitik stark durch

11. Die farblich gekennzeichneten Gebiete stellen die formellen Gebietsansprüche der europäischen Kolonialmächte 1913 dar, welche jedoch keineswegs flächendeckend mit der Präsenz oder Kontrolle europäischer Staatsadministrationsen einhergingen. Darüber hinaus blieben 1913 auch das Kaiserreich Abessinien und die Republik Liberia unabhängig von europäischer Kolonialbesatzung. Die Karte wurde basierend auf folgender Grafik erstellt: Eric Gaba: Map of colonial Africa as in 1913, with modern borders, 2019.

12. H. J. Döring: „Es geht um unsere Existenz“ Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien, Ch.Links, 1999.

das neu erschaffene Feld der „Entwicklungspolitik“ geprägt. Dabei ging die koloniale Überzeugung einer Zivilisierungshierarchie in stufenweisen Modernisierungsprogrammen auf, welche eine kapitalistische Gesellschaftsformation als universelles Modell auch für afrikanische Gesellschaften propagieren. Während Friedenspolitik wichtiger wurde, prägten in den folgenden Dekaden zwei regelrecht gegensätzliche Paradigmen die Afrikapolitik der BRD: Grundbedürfnisorientierung und Umverteilung ab den 1970ern und neoliberale Strukturanpassung seit den späten 1980ern. Nach der deutschen Wiedervereinigung verliert das geopolitische Frontendenken seinen Einfluss in deutscher Afrikapolitik. Ein stärkerer Multilateralismus manifestiert sich anschließend in Versuchen Globaler Strukturpolitik um die Jahrtausendwende.¹³ Die Gegenwart zeigt weiterhin eine große Disparität zwischen der BRD und ihren afrikanischen Partnerstaaten in der globalen politischen Ökonomie. Ungleiche Strukturen der Zusammenarbeit werden zudem bis heute durch die Kontinuität von strukturellem Rassismus in der deutschen Gesellschaft konsolidiert.¹⁴ Paternalistische Repräsentationen des afrikanischen Kontinents in deutschen Medien, Bildungs- und Kulturinstitutionen und die Diskriminierung nicht-weißer Menschen ist weiterhin Realität.¹⁵ Letztlich sind jedoch ebenso Widerstände und die Gestaltung alternativer Verbindungen nicht von der Hand zu weisen. Gerade die Präsenz einer aktiven afrikanischen Diaspora und Initiativen zivilgesellschaftlicher Verbindung wirken in den letzten Jahren auf deutsch-afrikanische Kooperationen hin, die sich kritisch mit kolonialen Verwicklungen auseinandersetzen und gemeinsam emanzipatorische Perspektiven entwickeln.¹⁶

13. C. Schukraft: Die Afrikapolitik Deutschlands – von der „freundlichen Vernachlässigung“ hin zu einem stärkeren Engagement, In: G. Müller-Brandeck-Bocquet u.a. (Hrsg.): *Die Afrikapolitik der Europäischen Union: Neue Ansätze und Perspektiven*, Verlag Barbara Budrich, 2007.; A. Ziai: *Globale Strukturpolitik. Die Nord-Süd-Politik der BRD und das Dispositiv der Entwicklung im Zeitalter von neoliberaler Globalisierung und neuer Weltordnung*, Westfälisches Dampfboot, 2007.

14. D. Bendix: *Global Development and Colonial Power: German Development Policy at Home and Abroad*, Rowman & Littlefield, 2018.

15. Siehe u.a. K. Awet: *Die Darstellung Subsahara-Afrikas im deutschen Schulbuch*, Budrich UniPress, 2018.; D. Pelz: UN-Experten besorgt über „strukturellen Rassismus“ in Deutschland, In: DW, 27. Februar 2017, Verfügbar auf: www.dw.com.

16. H. Melber: *Deutschland und Afrika*, Brandes & Apsel, 2019.

Analytischer Ansatz

Angesichts der historisch ungleichen Machtverhältnisse in den neueren Beziehungen zwischen der BRD und afrikanischen Staaten halten wir es für sinnvoll, diese Studie durch analytische Ansätze zu bereichern, die eine kritische Auseinandersetzung mit ungleichen materiellen und ideellen Strukturen ermöglichen. In der Erörterung kolonialer Kontinuitäten im polit-ökonomischen Netz der internationalen Zusammenarbeit haben sich hier in den vergangenen Jahrzehnten zum einen Perspektiven des Post-Development als auch Diskurse zu Dekolonialität als besonders hilfreich hervorgetan.¹⁷ Demnach werden uns mehrere, aus deren Beiträgen entlehnte Fragestellungen in der Untersuchung der gegenwärtigen deutschen Afrikapolitik leiten. Werden Verwicklungen der BRD in politische Unterdrückungsstrukturen und ökonomische Ausbeutungssysteme auf dem afrikanischen Kontinent transparent angegangen? Wird die Selbstbestimmung und Autarkie der afrikanischen Partner*innen in Wissensproduktion und Lebensweisen unterstützt? Wird Kooperation und Austausch als wechselseitige Praxis konzipiert und verantwortet? In methodischer Annäherung an die Fragestellungen wurden öffentlich zugängliche afrikapolitische Leitlinien, Strategiedokumente und Übersichten der Vorhaben der deutschen Bundesregierung auf dem afrikanischen Kontinent analysiert. Die vorläufigen Erkenntnisse wurden mit Hilfe von Sekundär- und Fachliteratur bereichert sowie in einer begrenzten Anzahl leitfadengestützter Interviews mit Vertreter*innen verschiedener Ressorts der deutschen Bundesregierung überprüft.¹⁸ Der Analyse zentraler Policies geht im folgenden Teil ein Überblick über Strukturen und Akteur*innen deutscher Afrikapolitik voran.

17. Siehe u.a.: A. Escobar: *Encountering Development: The Making and Unmaking of the Third World*. Princeton University Press, 2011.; S. Ndlovu-Gatsheni: *Coloniality of Power in Postcolonial Africa*, African Books Collective, 2013.; A. Ziai: *Development Discourse and Global History: From Colonialism to the Sustainable Development Goals*, 2016.

18. Den Interviewpartner*innen wurde Anonymität zugesichert.

Genese und Strukturen gegenwärtiger deutscher Afrikapolitik

Nach dem ressortübergreifenden Afrikakonzept 2011 und den Leitlinien „Verstärktes Engagement in Afrika“ 2014 haben afrikapolitische Themen in der deutschen Bundesregierung sukzessive an Bedeutung gewonnen. Die politischen Strategien sind dabei zunehmend mit der Afrikapolitik der Europäischen Union (EU) harmonisiert, die jedoch auch maßgeblich durch deutsche Initiativen geprägt ist. Inhaltliche Parallelen mit den deutschen Vorstößen zeigen sich zum Beispiel in der Ausgestaltung der „Africa-Europe Alliance for Sustainable Investment and Jobs“¹⁹ oder ganz aktuell in der EU Afrika Strategie „A partnership for sustainable and inclusive development“.²⁰ Gleichsam orientieren sich die Policies an den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals). Seit 2016 betont die Bundesregierung zudem, dass Vorhaben im Einklang mit selbstbestimmten afrikanischen Zielen stehen müssen. Die Zukunftsvision 2063 der Afrikanischen Union (AU)²¹ steht hier an vorderster Stelle.²²

Die Vorhaben, die die deutsche Bundesregierung in afrikanischen Staaten durchführt, werden zum großen Teil in völkerrechtlichen Verträgen zwischen den Partnerressorts festgehalten. Insbesondere werden Zuwendungen, die unter den Rahmen der „Official Development Assistance“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) fallen, in Regierungsverhandlungen ausgehandelt. Ausnahmen sind sowohl staatlich geförderte Vorhaben nicht-staatlicher Organisationen als auch regionale und überregionale staatliche Programme, deren Umfang auf deutscher Seite in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Während die Partnerregierungen dadurch faktisch an

19. European Commission: „Communication on a new Africa – Europe Alliance for Sustainable Investment and Jobs“, COM (2018) 643 final, Brüssel: 2018.

20. European Parliament: „New EU-Africa Strategy“, P9_TA (2021)0108, 2021. Verfügbar auf : www.europarl.europa.eu.

21. Die Agenda 2063 ist ein Strategiepapier der AU, in dem die Zukunftsvision für den afrikanischen Kontinent mit Fokus auf die Themen nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Integration, Frieden und Menschenrechte skizziert wird. AU: Agenda 20. 63. The Africa we want, 2015.

22. S. Oswald: „Zehn Jahre Afrikapolitik“, In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 11.4, 2018, S.603-610.

Mitbestimmung verloren haben, wurde in den Hintergrundgesprächen auch klar, dass zudem Vertragsentwürfe und Vorhabenkonzipierung maßgeblich aus deutscher Feder stammen. Auch für die Durchführung der Vorhaben setzt die Bundesregierung auf untergeordnete Behörden und Organisationen, an denen der deutsche Staat beteiligt ist, sowie auf internationale Institutionen. Organisationen aus afrikanischen Staaten spielen eine mindere Rolle. Schließlich wurde betont, dass die deutschen Botschaften und dort angegliederte Referent*innen der einzelnen deutschen Ressorts für die Abstimmung mit den Partnerregierungen enorm wichtig sind. Auch wenn Austausch und Risikoabschätzungen negative Konsequenzen von Interventionen deutscher Organisationen vorbeugen sollen, existieren aktuell keine grenzübergreifenden, verbindlichen Rechenschaftsmechanismen, die Betroffene im Extremfall gegenüber der deutschen Bundesregierung einleiten können. Ungleiche Strukturen der Zusammenarbeit wurden letztlich von den Interviewpartner*innen aus der deutschen Bundesregierung auch in der fehlenden Wechselseitigkeit moniert. Aktuell bestehen keine staatlichen Strukturen, die ein offizielles Engagement afrikanischer Regierungen in der BRD unterstützen würden.²³

In den vergangenen Jahren haben diverse Ressorts ihr afrikapolitisches Engagement ausgebaut und in Leitlinien konkretisiert, was zunächst ein Mosaik unabgestimmter Initiativen ergab. Auch wenn sich die politische Kohärenz seit der 2018 halbjährlich stattfindenden afrikapolitischen Staatssekretärsrunde und der ressortübergreifenden Leitlinien verbessert hat, mangelt es laut Regierungsvertreter*innen weiterhin am Überblick über alle geförderten Vorhaben sowie an Synergien in der Umsetzung.²⁴ Die wichtigsten Akteur*innen sind das Auswärtige Amt (AA), das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das Bundesfinanzministerium (BMF) und das Bundeswirtschaftsministerium (BMW). Nicht erst seit der Aufwertung afrikapolitischer Themen in einer eigenen ministeriellen Abteilung 2018, ist der koordinierende Einfluss des BMZ im Vergleich zu deutschem Engagement in anderen Regionen der Welt herauszuheben.

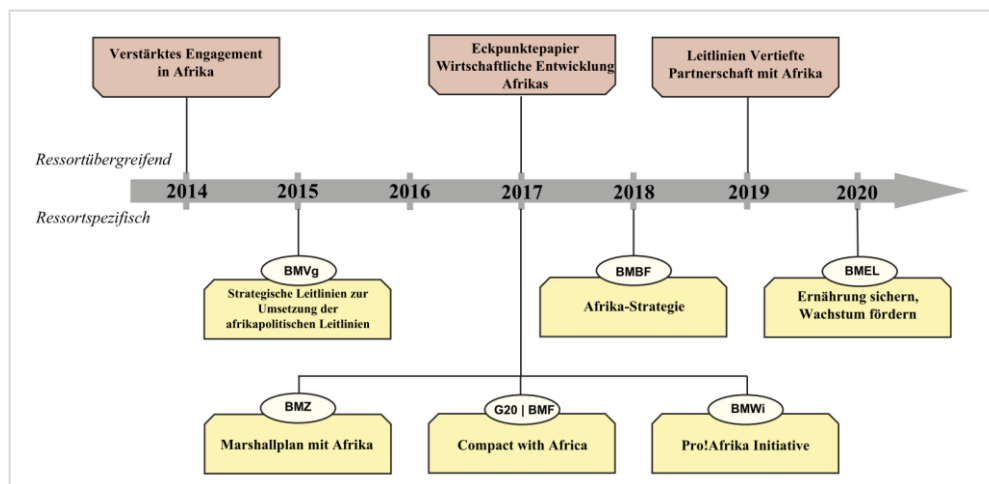
Welche Formen der Beziehung die deutsche Bundesregierung mit welchen afrikanischen Staaten pflegt, ist in Abbildung 3 dargestellt. Seit 2017 sind besonders die „Reformpartnerschaften“ hervorzuheben, die im Zuge des Marshallplans mit Afrika und des Compact with Africa eine

23. Ein Überblick über die Strukturen deutscher Außen und insbesondere entwicklungspolitischer Zusammenarbeit findet sich hier: M. Bohnet/S. Klingebiel/ P. Marschall. Die Struktur der deutschen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2018.

24. J. Bergmann u.a.: „Friedenspolitische Kohärenz deutscher Afrikapolitik“, Beirut Zivile Krisenprävention und Friedensförderung, 2020.

engere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit vorsehen und Mittelkürzungen bei anderen afrikanischen Staaten nach sich zogen. Gegenwärtig unterhält die Bundesregierung diese Zusammenarbeit mit zwölf afrikanischen Staaten: Reformpartnerschaften mit Äthiopien, Côte d'Ivoire, Ghana, Marokko, Senegal, Togo und Tunesien im Rahmen des Marshallplans, durch den Compact zusätzlich mit Ägypten, Benin, Burkina Faso, Guinea, Ruanda. Die folgende Aufstellung umfasst chronologisch die wichtigsten afrikaspezifischen politischen Strategien der deutschen Bundesregierung. Innen- und außenpolitische Initiativen, die darüber hinaus für die deutsche Afrikapolitik relevant sind, werden in der darauffolgenden Analyse erwähnt.

Abbildung 2: Überblick über Leitlinien deutscher Afrikapolitik



Eigene Abbildung.

Marshallplan mit Afrika (BMZ)

2017 legte das BMZ das Strategiedokument Marshallplan mit Afrika vor. Durch die Mobilisierung privatwirtschaftlicher Initiativen sollen berufliche Perspektiven geschaffen werden. Als dafür zentral werden drei Säulen genannt: Handel und Beschäftigung; Frieden, Sicherheit und Stabilität; und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Bisherige Vorhaben in den Bereichen Ernährung und Landwirtschaft, natürlicher Lebensgrundlagen, Energie und Infrastruktur sowie Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung sollen ebenfalls weitergeführt werden.²⁵

25. BMZ: „Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika“, Berlin: 2017.

Pro! Afrika (BMWi)

Die Initiative Pro! Afrika wurde 2017 vom BMWi aufgesetzt. Maßgebliches Ziel ist die Förderung von Handel und Investitionen deutscher Privatwirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent. Dazu soll die Informationsinfrastruktur ausgebaut, Partnerschaften zu Digitalisierung und Innovationen geschaffen und ein engerer Austausch deutscher und afrikanischer staatlicher und wirtschaftlicher Organisationen institutionalisiert werden.²⁶

Compact with Africa (BMF)

In Federführung des BMF wurde der Compact with Africa während der deutschen Präsidentschaft von den G20 2017 beschlossen. Angegliedert an den Finance Track der G20, wird die Initiative durch die bilateralen Partner*innen (für die BRD das BMF) durch die Weltbank, die Afrikanische Entwicklungsbank und den Internationalen Währungsfonds und die afrikanischen Staaten getragen. Sobald letztere Compact Verträge eingehen, werden Reformen auf drei Ebenen angesetzt: makroökonomische (gesamtwirtschaftliche Stabilität), wirtschaftspolitische (gesetzliche Sicherheit für Investitionen) und finanzielle Rahmenbedingungen (Zugang zu Finanzmitteln und Vertiefung von Finanzmärkten).²⁷

Eckpunktepapier ‚Wirtschaftliche Entwicklung Afrikas‘ (Ressortübergreifend)

Als Versuch, den Marshallplan mit Afrika, die Pro! Afrika Initiative und den Compact with Africa strategisch zu verbinden, wurde 2017 ein ressortübergreifendes Eckpunktepapier beschlossen. Darin wird hervorgehoben, dass erstens die Finanzierungsstruktur in afrikanischen Staaten verbessert und zweitens die Förderung deutscher Außenwirtschaft intensiviert werden soll.²⁸

26. BMWi: „Pro! Afrika. Perspektive fördern, Chancen nutzen, Wirtschaft stärken“. Berlin: 2017.

27. Bundesregierung: „Compact with Africa“, Berlin: 2017.

28. Bundesregierung: „Wirtschaftliche Entwicklung Afrikas – Herausforderungen und Optionen“. Berlin: 2017.

Leitlinien der Bundesregierung ‚Vertiefte Partnerschaft mit Afrika‘ (Ressortübergreifend)

Mit dem AA in Federführung wurden die Leitlinien „Vertiefte Partnerschaft mit Afrika“ 2019 vom deutschen Kabinett beschlossen. Auch als Richtlinien für das deutsche Mandat im UN-Sicherheitsrat 2019/2020 und für die EU Ratspräsidentschaft werden fünf Ziele für die deutsche Afrikapolitik formuliert: Frieden und Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent garantieren; Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in afrikanischen Staaten fördern; Migration zwischen dem europäischen und afrikanischen Kontinent regulieren sowie Fluchtursachen mindern und Schutzsuchende unterstützen; Internationale Ordnungen in Partnerschaft mit afrikanischen Staaten prägen; und zivilgesellschaftlichen Austausch und Verbindung vertiefen.²⁹

Entwicklungsinvestitionsfonds (Ressortübergreifend)

Vom BMZ und BMWi getragen, wurde der Entwicklungsinvestitionsfonds 2019 zur Förderung von Investitionen deutscher und europäischer Unternehmen aufgesetzt. Er umfasst 3 Komponenten: AfricaConnect (Finanzierung und Risikoteilung für Investitionen), AfricaGrow (Dachfonds zur Förderung afrikanischer kleiner und mittlerer Unternehmen und Start-ups) und das Wirtschaftsnetzwerk Afrika (Beratung und Begleitung deutscher mittelständischer Unternehmen bei Geschäften in afrikanischen „Compact“ Staaten).³⁰

Weitere ressortspezifische Initiativen

Seit 2018 zielt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit seiner Afrika Strategie darauf, mit Bildung und Wissenschaft berufliche Perspektiven zu schaffen.³¹ „Ernährung sichern, Wachstum fördern“ heißt seit 2020 die Policy des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), die Resilienz und Nachhaltigkeit in der afrikanischen Landwirtschaft stärken soll.³² Auch wenn das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) keine abgestimmte Strategie besitzt, wird die Zusammenarbeit mit

29. Bundesregierung: „Eine vertiefte Partnerschaft mit Afrika. Fortschreibung und Weiterentwicklung der Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung“. Berlin: 2019.

30. BMZ: Entwicklungsinvestitionsfonds, 2021. Verfügbar auf: www.bmz.de.

31. BMBF: „Afrika-Strategie des BMBF – Perspektiven schaffen!“ Bonn: 2018.

32. BMEL: „Ernährung sichern, Wachstum fördern“, Berlin: 2020.

afrikanischen Staaten in den letzten Jahren insbesondere in multilateralen Vorhaben ausgebaut. Auch das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) hat die Präsenz der Bundeswehr auf dem afrikanischen Kontinent insbesondere zu Vorhaben der militärischen Ausbildung erhöht.³³ Gegenwärtig ist die Bundeswehr in sechs Einsätzen involviert: In der EU Trainingsmission EUTM Mali, in der Stabilisierungsmission MINUSMA der Vereinten Nationen (VN) in Mali, in der EU Seefahrtsschutzmission NAVFOR Somalia Operation Atalanta, in der VN Mission zur Vorbereitung des Referendums für Westsahara MINURSO, in der Operation Sea Guardian der North Atlantic Treaty Organization (NATO) im Mittelmeer, und in der VN Friedensmission im Südsudan UNMISS.³⁴ Die Singularität des afrikanischen Kontinents für die deutsche Außenpolitik wird seit 2010 durch die Stelle eines persönlichen Afrikabeauftragten der Bundeskanzlerin unterstrichen.

Bundesländer & Kommunen

Diverse deutsche Bundesländer unterhalten unabhängige Kooperationen mit afrikanischen Staaten oder Regionen. Dabei liegt der Fokus zumeist auf kultur- und bildungspolitischem Austausch.³⁵ Seit 1963 existieren zudem unabhängige Partnerschaften zwischen afrikanischen und deutschen Gemeinden. In der BRD gibt es seit 1995 auch eine Servicestelle zur Vermittlung neuer Verbindungen, die mittlerweile an der Bundesbehörde Engagement Global angesiedelt ist.³⁶

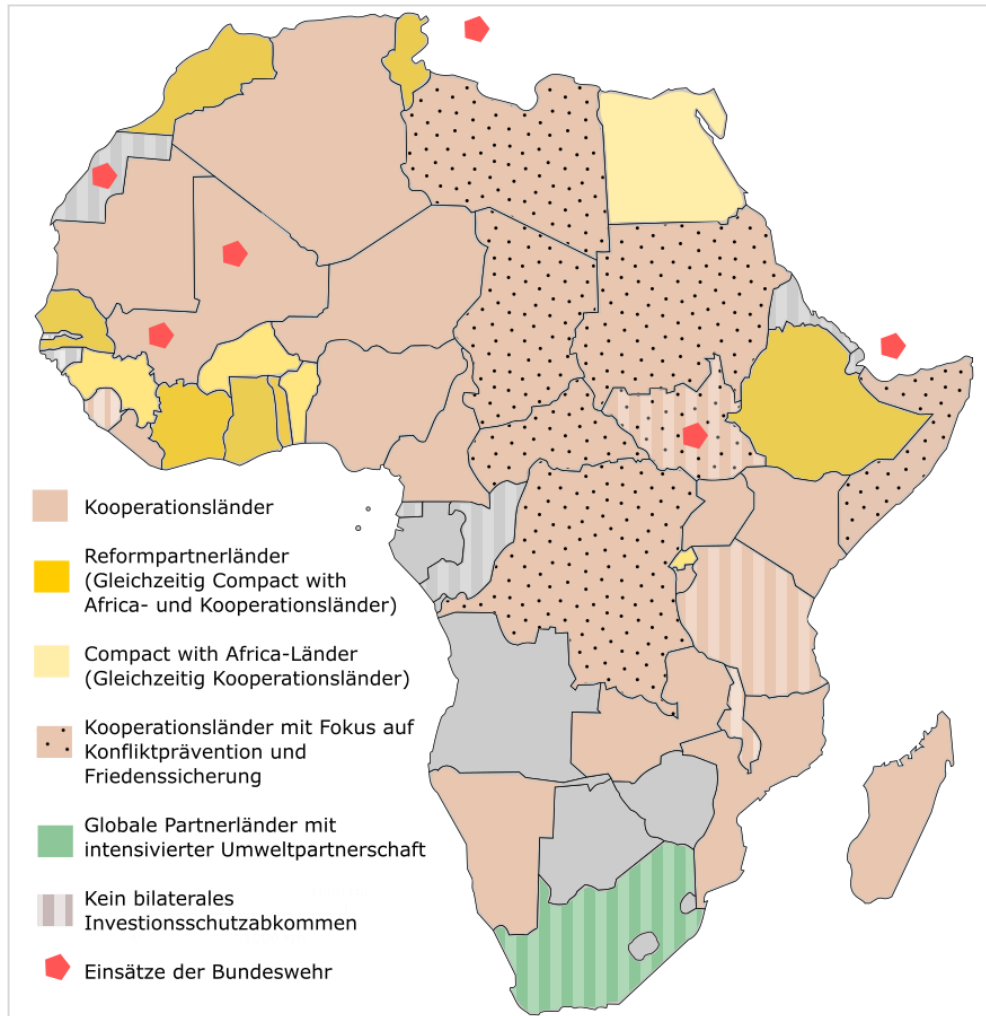
33. BMVg: „Engagement in Afrika, 2021“. Verfügbar auf: www.bmvg.de.

34. Siehe BMVg: „Einsätze in Afrika, 2021“. Verfügbar auf: www.bmvg.de.

35. World University Service: „Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik“, 2021. Verfügbar auf: www.ez-der-laender.de.

36. Engagement Global: „SKEW, 2021“. Verfügbar auf: www.skew.engagement-global.de.

**Abbildung 3: Deutsche länderspezifische Zusammenarbeit
auf dem afrikanischen Kontinent**



Eigene Abbildung ³⁷

37. Nach Informationen von: BMZ; BMU; BMWi; BMVg (Stand 2021).

Schwerpunkte der deutschen Afrikapolitik

Nach dem Einblick in die unterschiedlichen strukturellen Komponenten, werden im folgenden Teil vier Schwerpunktthemen der deutschen Afrikapolitik diskutiert. Zunächst werden zwei Policybereiche behandelt, die wir für gegenwärtige Maßnahmen als richtungsweisend verstehen (Migrations- & Wirtschaftspolitik). Anschließend werden zwei Politikfelder untersucht, die wir angesichts akuter Entwicklungen als besonders zukunftsträchtig erachten (Klima- & Kulturpolitik).

Migrationspolitik: Innenpolitische Legitimationen deutscher Afrikapolitik auf Kosten der Menschenrechte?

Während die Geschichte menschliche Mobilität innerhalb der Afro-Europäischen Weltregion in diverse Richtungen kennt und der große Teil der menschlichen Bewegungen aktuell innerhalb der beiden Kontinente stattfindet, ist der deutsche politische Diskurs in jüngerer Vergangenheit vor allem durch Fragen der Migration nach Europa gezeichnet.³⁸ Seit nach der kurzzeitigen Grenzöffnung 2015 der politische Wille zur Abschottung der EU-Grenzen und rassistische Positionen gegenüber nicht-weißen Einwander*innen in der politischen Öffentlichkeit zugenommen haben, ist auch die deutsche Afrikapolitik zunehmend vom Imperativ der Migrationsrestriktion bestimmt. Die Analysen der angeführten Regierungsdokumente und Hintergrundgespräche ergeben ein Muster der Legitimation und Strukturierung deutschen Engagements in afrikanischen Staaten mit dem Ziel der Minderung von Migration und der Ursachen von Flucht nach Europa und in die BRD.³⁹ Treibende Kraft ist zum einen das Bundesministerium für Inneres (BMI), das die „Verringerung von Fluchtursachen“ auch in afrikanischen Staaten in der Leitlinie „Masterplan Migration“ an erste Stelle setzt.⁴⁰ Zum anderen hat das BMZ mit dem Narrativ der „Fluchtursachenbekämpfung“ versucht, die politische Unterstützung für deutsch-afrikanische Vorhaben weiter zu sichern.

38. A. Spaeth: „Migration und Flucht aus Afrika südlich der Sahara“, In: *Standort*, 42, 2018, S.10-19.

39. Vgl. oben u.a. Bundesregierung, 2017, S.1; Bundesregierung, 2019, S.19.

40. BMI: „Masterplan Migration“, Berlin: 2018. S. 5.

So begründen auch nachfolgende afrikapolitische Leitlinien anderer Ressorts ihre Vorhaben damit, langfristig „Bleibeperspektiven“ für eine wachsende afrikanische Jugend zu schaffen.⁴¹ Der Migrationsfokus der deutschen Afrikapolitik ist gleichsam im Ausbau sicherheitspolitischer Maßnahmen zu beobachten, beispielsweise in den sechs Missionen der Bundeswehr.⁴² Darüber hinaus setzt sich die deutsche Bundesregierung als größter Beitragszahler des Europäischen Treuhandfonds für Afrika dafür ein, dass Migration Richtung Europa bereits auf dem afrikanischen Kontinent eingegrenzt wird. Afrikanische Staaten werden dabei beraten und unterstützt, innerafrikanische Grenzen zu schließen und Abschiebepraktiken zu forcieren – teils unter mangelnder Mitbestimmung afrikanischer Entscheidungsträger*innen⁴³ oder in Unterstützung autoritärer Regime.⁴⁴ Dass die deutsche Bundesregierung mit ihrer aktuellen Politik gezielt auf Segregation zwischen Menschen aus unterschiedlichen afrikanischen Regionen hinwirkt und sowohl das Recht zu bleiben, als auch das Recht zu gehen untergräbt, ist besorgniserregend.⁴⁵ Letztlich wird davon ausgegangen, dass unter dem jetzigen transnationalen Migrationsregime Menschen in extrem prekären Situationen alleine gelassen werden und seit 2014 über 4000 Menschen auf dem afrikanischen Kontinent auf Grund fataler Migrationsverhältnisse ihr Leben lassen mussten – dabei wird von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen und die Tode im Mittelmeer sind nicht mit einberechnet.⁴⁶

Wirtschaftspolitik: Zwischen marktliberaler Außenwirtschaftsförderung und globaler Strukturpolitik?

Der Blick auf die globalen polit-ökonomische Positionen der BRD und ihrer afrikanischen Kooperationsstaaten ergibt ein sehr ungleiches Bild. Wie bereits erläutert, bedeutete das Ende der formalen europäischen Kolonisierung für den afrikanischen Kontinent keineswegs den Ausweg aus makroökonomischer Abhängigkeit und Marginalisierung auf dem

41. B. Schraven: „Fluchtursachenbekämpfung: Die deutsche Debatte“, *Notes du Cerfa*, Nr.146, Ifri, März 2019. Verfügbar auf: www.ifri.org.

42. Vgl. oben J. Bergmann, 2020.; BMVg, 2021.

43. C. Castillejo: „Der Nothilfe Treuhandfonds der EU für Afrika und seine Auswirkungen auf die EU-Entwicklungspolitik“, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2017.

44. A. Koch/A. Weber/I. Werenfels (Hrsg.): „Migrationsprofiteure? Autoritäre Staaten in Afrika und das europäische Migrationsmanagement“, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2018.

45. L. Stielike: „Dispositive der (Im)mobilisierung. Fluchtursachenbekämpfung in genealogischer Perspektive“, In: *Global Migration Studies*, No.1, 2021.

46. International Organisation for Migration: „Missing Migrants Project“, 2021. Verfügbar auf: www.missingmigrants.iom.int.

Weltmarkt. Bis heute bleibt die gewinnbringende Teilhabe in globalen Wertschöpfungssystemen gering und der Kontinent bilanziert weiterhin einen Nettoausfluss von monetären Mitteln, Arbeitskraft, Landnutzung bzw. -besitz und materiellen Gütern.⁴⁷ Bis zu den wirtschaftlichen Krisen im Zuge der COVID-19 Pandemie konnten die meisten Staaten zwar ein steigendes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts vorweisen. Dass davon aber meist nur wenige profitieren, ist an den global überdurchschnittlich segregierten Volkswirtschaften sichtbar.⁴⁸ Mit der COVID-19 Pandemie wird befürchtet, dass sich die sozio-ökonomische Ungleichheit in afrikanischen Gesellschaften sogar weiter verschlechtert.⁴⁹

Die deutsche Bundesregierung schreibt dieser Situation sowohl eine Gefahr als auch eine Chance zu. Betont haben Regierungsvertreter*innen, dass ökonomische Krisensituationen nicht nur für die Bevölkerungen auf dem afrikanischen Kontinent fatal sein können, sondern auch Herausforderungen innerhalb der deutschen Grenzen nach sich ziehen können. Gleichsam wird seit der Legislaturperiode 2017-2021 vermehrt auch vom Chancenkontinent Afrika gesprochen.⁵⁰ Die Hintergrundgespräche bestätigen, dass sowohl von einer steigenden geopolitischen Relevanz des afrikanischen Kontinentes als auch von seinem Potential für die deutsche Privatwirtschaft ausgegangen wird. Gleichzeitig wird auch die humanitäre Verantwortung unterstrichen, die gegenüber dem Nachbarkontinent wahrgenommen werden will. Dafür spielt neuerdings auch der Verweis auf eine „Partnerschaft auf Augenhöhe“ eine zentrale Rolle, der paternalistische Formen der „Hilfe“ zu einem Phänomen der Vergangenheit erklärt. Auf diese Grundsätze bauen zwei größere wirtschaftspolitische Zielsetzungen, die sich in der deutschen Afrikapolitik beobachten lassen und auf die wir im folgenden eingehen werden: Ansätze marktliberaler Außenwirtschaftsförderung und Versuche globaler Strukturpolitik.

Mit Vorhaben der Außenwirtschaftsförderung, so wurde in Gesprächen mit Vertreter*innen der Bundesregierung klar, wird angenommen, dass durch einen freien Markt, auf dem Kapital losgelöst

47. J. Hickel/D. Sullivan/H. Zoomkawala: „Plunder in the Post-Colonial Era: Quantifying Drain from the Global South Through Unequal Exchange, 1960–2018“, In: *New Political Economy*, 2021, S.1-18.; C. Dorninger u.a.: „Global Patterns of Ecologically Unequal Exchange: Implications for Sustainability in the 21st Century“, In: *Ecological Economics*, 179, 2021, 106824.; Global Financial Integrity: „Illicit Financial Flows to and from 148 Developing Countries: 2006-2015“, Washington, DC: Autor, 2019.

48. H. Bhorat u.a.: *Income Inequality Trends in sub-Saharan Africa: Divergence, Determinants, and Consequences*, New York: UNDP, 2017.

49. M. Schwikowski/C. Assignon: „Covid-19, quel bilan pour l'Afrique?“, In: *DW*, 11. März 2021. Verfügbar auf: www.dw.com.

50. G. Müller u.a.: „Ein Marshallplan mit Afrika: Geeignetes Konzept für eine nachhaltige Entwicklung?“, ifo Schnelldienst 70.04, 2017, S.3-20.

von gesellschaftlicher Mitbestimmung mit Gütern getauscht wird, nicht nur die deutsche, sondern alle Seiten profitieren können. So sollen Handel und Investitionen deutscher privatwirtschaftlicher Akteur*innen auch angekurbelt werden, um Lebensbedingungen auf dem afrikanischen Kontinent zu verbessern. Für die deutsche Volkswirtschaft spielen die Beziehungen zu afrikanischen Staaten quantitativ eine geringe Rolle: für deutschen Import und Export machte der afrikanische Kontinent 2019 einen Anteil von unter 2% aus⁵¹, für Direktinvestitionen um die 1%.⁵² Doch Direktinvestitionen steigen, 2019 waren es etwa 12 Milliarden Euro, die bei 884 Unternehmen getätigt wurden. Davon flossen allein etwa 7 Milliarden Euro nach Südafrika, und um die 3 Milliarden gingen in nordafrikanische Staaten.⁵³ Damit ist der Umfang deutsch-afrikanischer Wirtschaftsbeziehungen in den vergangenen Jahrzehnten vor allem im Vergleich zu den bedeutendsten Partnerinnen Frankreich, USA, China und Russland ungemein gering und punktuell.⁵⁴ Jedoch zeigt sich, dass die BRD gerade was die verarbeitende Industrie angeht in den letzten 10 Jahren eine durchaus wichtige Akteurin geworden ist.⁵⁵ Um das Engagement weiter zu steigern, setzt die Bundesregierung zunächst auf die Ausweitung von Dienstleistungen des deutschen Staats für privatwirtschaftliche Akteur*innen. In den vergangenen Jahren wurde die Informationsinfrastruktur für deutsche Unternehmen, die Geschäfte auf dem Afrikanischen Kontinent führen möchten, enorm ausgebaut.⁵⁶ Auch wurde die Deckung und Zugänglichkeit von Hermes-Bürgschaften für deutsche Investitionen in afrikanischen Staaten erweitert und Public Private Partnerships ausgebaut. In 44 Staaten werden Investitionen zusätzlich durch „Bilateral investment promotion and protection agreements“ gestützt.⁵⁷ Um Kapitalflüsse zu steigern, wird in den Strategien der deutschen Bundesregierung jedoch hervorgehoben auf Veränderungen von gesellschaftspolitischen Rahmenbedingung in afrikanischen Volkswirtschaften gesetzt.⁵⁸ Hierfür soll einerseits die Stärkung höherer und beruflicher Bildung nach deutschen Modellen

51. Statistisches Bundesamt: „Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel - endgültige Ergebnisse“, In: Fachserie 7 Reihe 1, 2019.

52. Bundesbank: „Bestandserhebung über Direktinvestitionen“, Statistische Sonderveröffentlichung 10, 2019.

53. M. Monnerjahn: „Deutsche Investitionen in Afrika steigen weiter“, Bonn: GTAI, 2021. Verfügbar auf: www.gtai.de.

54. R. Kappel: *Die Neujustierung der deutschen Afrikapolitik*, Leipzig, 2020.

55. J. Glitsch u.a.: „Lagging behind? German Foreign Direct Investment in Africa“, In: No. 5. *KCG Policy Paper*, 2020.

56. Vgl. oben BMWi, 2017 & BMZ, 2021.

57. T. Heinemann/M. Trevs: „How Effectively do Germany's Foreign Trade and Investment Promotion Schemes Support Investment in Africa?“, *KfW Research*, No.299, 2020.

58. L. Schuknecht u.a.: „Der G20 Compact with Africa-ein neuer Ansatz der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern“, In: ifo Schnelldienst 71.04, 2018, S.20-24.

Arbeitskräfte schaffen – mit einem sektoralem Schwerpunkt auf Digitales und mit Fokus auf Frauen* als Adressat*innen der Interventionen. Seit dem „Marshallplan mit Afrika“ und dem „Compact with Africa“ signalisiert die Bundesregierung andererseits, dass der aktuell gewichtigste wirtschaftspolitische Hebel eine anreizkompatible Konditionierung makroökonomischer Regulierung für Handel mit und Investitionen in ausgewählten afrikanischen Staaten ist.⁵⁹ Dabei sind Zusagen für Reformpartner an deregulierende Maßnahmen geknüpft: die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Investitionsschutz durch die Exekutive und die Einsetzung umstrittener Investor-Staat Schiedsverfahren.⁶⁰ Darüber hinaus versucht die Bundesregierung auch durch die neueren Verhandlungen des Post-Cotonou Abkommens und durch beratende Unterstützung der AU-Bemühungen um eine Afrikanische Freihandelszone (AfCFTA) eine Liberalisierung afrikanischer Märkte voranzutreiben.⁶¹ Als weiterer Polyschwerpunkt wird mit dem Compact with Africa eine vertiefte Finanzialisierung propagiert, die die Finanzierungsmöglichkeiten afrikanischer Staaten unter anderem durch Risikomitigierung privater Investitionen durch staatliche Unterstützung (Blending) ausweiten soll. Zudem wird angestrebt durch (Staats-)Anleihenmärkte in Lokalwährung und neuen lokalen institutionellen Investoren (wie z.B. Pensionsfonds) die Stabilität afrikanischer Finanzmärkte zu sichern. Dies ist auf die politischen Ambitionen der BRD im G20 Finance Track zurückzuführen, die dadurch nicht nur neue Anlagemöglichkeiten generieren, sondern auch die Resilienz des globalen Finanzkapitalismus stärken möchte.⁶²

Ein zweiter Ansatz, der gegenwärtig die deutsche Wirtschaftspolitik gegenüber afrikanischen Staaten zeichnet, beruht auf der Annahme, dass Gesellschaften nur dann gut zusammenleben können, wenn globale Strukturen auch die Bedürfnisse schwächerer Akteur*innen berücksichtigen. Mit dem Ansatz globaler Strukturpolitik strebt die Bundesregierung an, bestehende Benachteiligungen für afrikanische Volkswirtschaften in der globalen politischen Ökonomie anzugehen. Zunächst gibt der Marshallplan vor, dass die Bundesregierung sich für gewichtigere Mitbestimmung afrikanischer Staaten bei der Regulierung internationaler Märkte und geopolitischen Rahmenbedingungen bei der WTO oder im UN-Sicherheitsrat einsetzt – bisher ohne Erfolg. Auch sollen

59. Vgl. oben Bundesregierung, 2017.

60. AfDB u.a.: „The G-20 Compact with Africa. G-20 Finance Ministers and Central Bank Governors Meeting“, 2017.

61. BMZ: „Marshallplan mit Afrika – Bilanz und Ausblick“, 2021.

62. Eine weiterführende Einordnung der Finanzialisierungsinstrumente des Compact with Africa und der deutschen Afrikapolitik sind hier zu finden: Frauke Banse: „Compact with Africa: Der deutsche Beitrag zur Investitionsliberalisierung und Finanzialisierung in Afrika“, In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 49.194, 2019, S.79-98.

der massive Kapitalabfluss Richtung Norden durch eine verstärkte deutsche Beteiligung in der internationalen Bekämpfung von Illicit Financial Flows verhindert werden.⁶³ Gleichzeitig wird versucht, die strukturellen Hürden für diasporische und andere private Überweisungen nach Afrika abzubauen.⁶⁴ Mit der kürzlich erfolgten Verabschiedung des Lieferkettengesetzes, sollen zudem Ausbeutungsverhältnisse auf dem afrikanischen Kontinent, die von deutschen Akteur*innen mindestens mitgetragen werden, eingegrenzt werden. Unter Druck deutscher Wirtschaftsverbände und Teilen der Bundesregierung wurden die geplanten Rechenschaftsmechanismen für deutsche Unternehmen jedoch enorm entkräftet.⁶⁵ In Hintergrundgesprächen wurde klar, dass der Konflikt auch anhält, weil die Forderungen des Entwurfs teils gegenläufig zu dominanten Bemühungen einer marktliberalen Außenwirtschaftsförderung gesehen werden. Insgesamt lässt sich die Bedeutung globaler Strukturpolitik in der deutsch-afrikanischen Zusammenarbeit aktuell als sehr stark ausbaufähig einordnen.

Auch wenn vermehrt die deutsche Verantwortung für ungleiche Wirtschaftsbeziehungen mit dem afrikanischen Kontinent benannt wird, dominiert die strategische Gestaltung afrikanischer Institutionen nach europäischen Vorstellungen einer Marktwirtschaft, die mitunter auf einer paternalistischen Sicht auf die Kapazitäten afrikanischer Gesellschaften beruht. Die pluralen, von Informalität geprägten Strukturen afrikanischer Wirtschaftsformen werden nach wie vor nicht genug berücksichtigt.⁶⁶ Von den Programmen der Marktliberalisierung und Finanzialisierung wird angesichts der gegenwärtigen Verfassung afrikanischer Volkswirtschaften von Kritiker*innen erwartet, dass vor allem außer-afrikanisches Kapital profitiert.⁶⁷ Hingegen wird geschätzt, dass der Großteil der afrikanischen Bevölkerung an Gewinnen kaum teilhaben wird und die Abhängigkeit staatlicher Strukturen von externen, privaten Kapitalflüssen die Krisenanfälligkeit vergrößert⁶⁸ – marktbasierende (staatliche) Finanzierung birgt speziell die Risiken der Finanzmarktvolatilität und erhöht (sofern es sich nicht um Schenkungen handelt) die Gefahr allgemeiner

63. Vgl. oben BMZ, 2017.

64. BMZ: „Geldtransfers von Migrantinnen und Migranten ins Heimatland erleichtern“, 2021. Verfügbar auf: www.bmz.de.

65. A. Paasch: „Radikal verwässert: Das neue Lieferkettengesetz“, in: *Blätter für deutsche und Internationale Politik*, 4‘21, 2021, S.25-28.

66. T. Lakemann/J. Lay: „Wirtschaftsfokus der deutschen Afrikapolitik: Richtiger Weg, überhöhter Anspruch“, *GIGA Focus Afrika*, Nr.6, 2018.

67. O. Bernau: „Anlageplatz Afrika: Das Ende der Entwicklungshilfe?“, In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 9, 2017, S.37-40.

68. N. Ngwen: „Développement financier et inégalités de revenus en Afrique subsaharienne: Une analyse empirique sur les données de panel“, In: *Repères et Perspectives Economiques*, 5.1, 2021.

Verschuldung.⁶⁹ Der starke Rückgang von Kapitalflüssen in afrikanische Staaten während der COVID-19 Pandemie unterstreicht diese Bedrohung.⁷⁰ In Privatisierungen und deregulierenden Maßnahmen ist darüber hinaus eine Aushöhlung der dezentralen demokratischen Mitbestimmung der lokalen Bevölkerung bei öffentlichen Dienstleistungen und bei der Bereitstellung anderer lebenswichtiger Güter zu befürchten. Letztlich wäre dadurch auch der eigene Anspruch deutscher Politiken auf eine Erweiterung afrikanischer Selbstbestimmung und Begegnungen auf Augenhöhe verwirkt.

Klimapolitik: Verwobene Herausforderungen, ungleiche Zusammenarbeit?

Gemäß der gegenwärtigen Verschärfung der Klimakrise ist bereits jetzt zu beobachten, dass deren komplexe Herausforderungen weiter ins Zentrum der deutschen Afrikapolitik rücken. Angesichts vermehrter Klimakatastrophen wird die Anpassung an Folgen der Klimakrise bei vielen Regierungen afrikanischer Staaten und der Afrikanischen Union stärker priorisiert.⁷¹ Die deutsche Bundesregierung versucht, Bemühungen um Klimaanpassungen insbesondere in Projekten zu landwirtschaftlicher Resilienz zu unterstützen, beispielsweise unter der BMZ Sonderinitiative „EINE WELT ohne Hunger“. Ebenso zentral sind Vorhaben zur Flexibilisierung von Finanzinstrumenten und der Aufbau von Versicherungsmechanismen mit dem InsuResilience Global Partnership.

Auch zu Fragen des Klimaschutzes wird die Kooperation mit afrikanischen Partner*innen von deutschen Regierungsvertreter*innen als Schlüssel zum Erfolg internationaler Klimabemühungen gesehen. Um das Pariser Klimaabkommen einzuhalten, müsse Afrika, so der deutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Gerd Müller, „der grüne Kontinent der erneuerbaren Energien werden“. ⁷² Zudem steigt die Relevanz des Kontinents für deutsche polit-ökonomische Interessen in dreierlei Hinsicht.

69. Vgl. oben F. Banse, 2019; I. Harvold Kvangraven/K. Koddenbrock/N. Samba Sylla: „Financial Subordination and Uneven Financialization in 21st Century Africa“, In: *Community Development Journal* 56.1, 2021, S.119-140.

70. UNCTAD: „World Investment Report 2020: International Production Beyond the Pandemic“, 2020.

71. B&FTonline: African Presidents Support Bold Action on Climate Change Adaptation, 08. April 2021. Verfügbar auf: www.thebftonline.com.

72. V. Müller/B. Hirsch: „Entwicklungsminister Gerd Müller: Die größten Klima-Chancen liegen in Afrika“, In: *FOCUS*, 15. April 2021. Verfügbar auf: www.focus.de.

Zunächst wird ein Chancenmarkt für deutsche kohlenstoffarme Konzepte gesehen. Während die BMZ Initiative „Grüne Bürgerenergie für Afrika“ beim Ausbau dezentraler Energieversorgung auf lokale Lösungen setzt, wird die Chance für den deutschen Expert*innenstatus in erneuerbaren Energien betont.⁷³ Doch auch hier finden sich Machtverhältnisse und Asymmetrien zwischen Nord und Süd.⁷⁴ Eine direkte Förderung von deutschen Klimaschutzinnovationen wird durch die „Exportinitiative Umwelttechnologien“ des BMU geleistet.⁷⁵ Zweitens wird neben unverzichtbaren Rohstoffen vermehrt auch afrikanischem Land und dessen klimatischen Bedingungen eine wesentliche Funktion für die Transformation deutscher Industrie zugeschrieben. Das Potential erneuerbarer Energien auf dem afrikanischen Kontinent gilt als Chance für die günstige Produktion von energieintensivem, klimaneutralem Wasserstoff, dem politische Zukunftskonzepte in der BRD eine immer entscheidendere Rolle zuteilen.⁷⁶ Gegenwärtig unterstützt die Bundesregierung Pilotprojekte für „grünen Wasserstoff“ mit Solarenergie in Marokko, Südafrika und Tunesien, diskutiert ein weitaus größeres Engagement mit dem geplanten Inga III Staudamm in der Demokratischen Republik Kongo und will mit dem BMWi Förderkonzept H2Global bilaterale Produktionskooperationen vervielfachen.⁷⁷ Da ein solcher Rohstofffokus Vertreibung und Ausbeutung nach sich ziehen könnte und Klimaschutzmaßnahmen von Deutschland externalisiert werden, erfahren die Vorhaben jedoch vermehrt mediale Kritik und parlamentarischen Widerspruch.⁷⁸ Auslagerungen von Klimaschutzmaßnahmen könnten zukünftig auch einen dritten Trend der deutschen Afrikapolitik prägen. Unter dem Titel „Unlocking Africa’s Carbon Market“ verfolgen durch das BMU geförderte Vorhaben, marktbasierende Klimaschutzlösungen auf dem afrikanischen Kontinent zu etablieren und die afrikanische Teilhabe im Aufbau internationaler Kohlenstoffmärkte zu stärken.⁷⁹ Auf Grundlage des

73. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH: Grüne Bürgerenergie für Afrika, 2021. Verfügbar auf: www.gruene-buergerenergie.org; C. Kemfert/G. Müller: „Exportieren wir Nachhaltigkeit!“, In: WirtschaftsWoche, 21. August 2020.

74. B. Barthel: *Erneuerbare und dezentrale Energien aus postkolonialer Perspektive Ethnografische Analysen deutsch-tansanischer Partnerschaften*. Baden-Baden: Nomos, 2019.

75. BMU: „Exportinitiative Umwelttechnologien, 2021“. Verfügbar auf: www.bmwi.de.

76. K. Witsch: „Forscher warnen vor Abhängigkeit bei grünem Wasserstoff“, In: *Handelsblatt*, 04 November 2020. Verfügbar auf: www.handelsblatt.com.

77. Vgl. oben V. Müller/B. Hirsch, 2021.; M. Bauchmüller u.a.: Afrikabeauftragter: „Kongo könnte Deutschland mit grünem Wasserstoff versorgen“, In: *Sueddeutsche Zeitung*, 08. September 2020. Verfügbar auf: www.sueddeutsche.de, Deutscher Wasserstoff und Brennstoffzellen-Verband e.V.: H2Global, 2021. Verfügbar auf: www.h2-global.de.

78. E. M. Schreiber: „Kein Kolonialismus beim Wasserstoff“, In: *Frankfurter Rundschau*, 21. September 2020. Verfügbar auf: www.fr.de; Simone Claar: „Kein Ende des grünen Kolonialismus: Der Europäische Green Deal reproduziert die Abhängigkeiten von Afrika“, In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 51.202, 2021, S. 141-148.

79. BMU: *Unlocking Africa’s Carbon Market*, Berlin: 2019.

Artikel 6 der Pariser Klimaverträge wird darüber hinaus daran gearbeitet, Fusionen afrikanischer und internationaler Emissionshandelsschemata zu ermöglichen. Unterstützt von deutschen Wirtschaftsverbänden, könnten hierbei durch globale Lohn- und Währungsungleichheiten je nach Regulierung lukrative externe Emissionsreduzierungen möglich werden.⁸⁰ Während diese Option maßgeblich von den Beschlüssen der UN-Klimakonferenzen abhängt, fördert die Bundesregierung mit der „Allianz für Entwicklung und Klima“ bereits heute freiwillige Kompensationsmechanismen zur Auslagerung von Emissionseinsparungen an afrikanische Partner*innen.⁸¹

Eine Dominanz deutscher Ideen für eigentlich interdependente Problemstellungen der Klimakrise ist auch bei näherer Betrachtung grundlegender Fragen der Kooperation zu erkennen. Während der deutsche Fokus auf technologischer Innovation und marktbasierendem Klimaschutz durchaus Unterstützer*innen in afrikanischen Regierungen findet, basieren viele Vorschläge auf einem Verständnis des Mensch-Natur-Verhältnis, das im Widerspruch zu vielen afrikanischen Kosmologien steht, die den Menschen als interdependenten Teil seiner Umwelt sehen.⁸² Dass die Aberkennung lokaler Weltanschauungen und gerade die Umsiedelung bzw. Vertreibung von Menschen aus Naturreservaten materielle Konsequenzen haben können, zeigen nicht erst Tendenzen zu wiederholten Menschenrechtsverletzungen im von der deutschen Bundesregierung geförderten REDD+ Programm.⁸³ Dieser Gefahr zu begegnen, bleibt laut Regierungsvertreter*innen für die deutschen Behörden eine Herausforderung. Bisher gebe in Fällen missratener Interventionen für Betroffene keine verbindlichen Mechanismen, deutsche Entscheidungsträger*innen in Rechenschaft zu ziehen. Letztlich ist eine fehlende Reziprozität auch anzumerken, da es laut den Interviewpartner*innen aktuell keine staatlichen Strukturen gibt, die den Transfer von afrikanischer Expertise für deutsche umweltpolitische Vorhaben leistet. Dies ist nicht nur angesichts der ungleichen historischen Verantwortung für die Klimakrise unrechtmäßig, sondern auch eine vertane Chance, die verwobenen klimapolitischen Herausforderungen in neuer Gemeinschaft anzugehen.

80. S. Liebing: „Für einen ‚Green Deal‘ mit Afrika“, In: *Tagesspiegel*, 31. Januar 2021. Verfügbar auf: www.background.tagesspiegel.de.

81. Stiftung Allianz für Entwicklung und Klima, 2021. Verfügbar auf: www.allianz-entwicklung-klima.de.

82. M. Chemhuru (Hrsg.): *African Environmental Ethics: A Critical Reader*, Springer, 2019.

83. J. Cabello/T. Gilbertson: „A Colonial Mechanism to Enclose Lands: A Critical Review of Two REDD+-Focused Special Issues“, In: *Ephemera: Theory & Politics in Organization*, 12, 2012. REDD+ steht für "Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation", auf Deutsch "Minderung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern" (Anm. der Red.).

Kulturpolitik: Wege zur Bewältigung kolonialer Kontinuitäten?

Wie eingangs beschrieben, kann die kulturelle Beziehung zwischen BRD und afrikanischen Staaten auf eine nicht abreißende Geschichte zurückblicken, ist in der Neuzeit aber stark durch den Kolonialismus geprägt. Anders als in den bereits analysierten Politikbereichen, gab es in der deutsch-afrikanischen Kulturpolitik – wenn auch punktuell – schon seit einiger Zeit Bemühungen, sich aktiv und gemeinschaftlich mit Erbe und Kontinuitäten des Kolonialismus auseinanderzusetzen. Diese Bewegung hat sich in den letzten Jahren in einigen Bereichen trotz Widerstandes verstetigt. Ein personelles Beispiel ist die Besetzung des Präsident*innenamtes des afrikapolitisch wichtigen Goethe Instituts mit der Afrikawissenschaftlerin Carola Lenz, die Kolonialität in Zukunft stärker behandeln möchte.⁸⁴ Den Ansatz eines staatlichen Bekenntnisses für eine Wechselseitigkeit im Austausch ließ sich in den vergangenen Jahren in der Förderung von zahlreichen transnationalen Kulturprogrammen beobachten, in denen afrikanische Perspektiven in den Mittelpunkt gestellt wurden.⁸⁵ Auch langsame und bisher vereinzelte Zusagen der Bundesregierung in der Frage nach der Restitution kolonial angeeigneter Kulturgüter deuten auf die Erfolge transnationaler Solidaritätsbewegungen hin. Während sich die deutschen Landes- und Bundesregierungen bis dato noch gegen größere Rückgabeforderungen wehren, könnte die für 2022 geplante Rückgabe einzelner Benin Bronzen einen internationalen Präzedenzfall zu post-kolonialer Restitution schaffen.⁸⁶ Gleichsam haben auf kommunaler Ebene zivilgesellschaftliche Bestrebungen mit politischen Entscheidungsgremien erwirkt, dass Vorhaben einer Dekolonisierung des öffentlichen Raums initiiert werden. Beispielsweise kam es zu ersten Umbenennungen von Straßennamen, die zuvor nach deutschen Kolonialverbrechern benannt waren.⁸⁷ Dennoch ist es essenziell, diese kulturpolitischen Feststellungen in Relation zu der Realität von strukturellem Rassismus in Deutschland und dem Stand der gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitung des kolonialen Vermächtnisses zu setzen. Dazu ist abschließend der Blick auf das „Versöhnungsabkommen“ zum Völkermord an den Herero und Nama zwischen der deutschen und der namibischen Regierung hilfreich. Zwar wird es nach 113 Jahren eine

84. G. Wuttke: „Kolonialismus im Fokus“. In: *Deutschlandfunk Kultur*, 30. September 2019. Verfügbar auf: www.deutschlandfunkkultur.de.

85. Beispiele sind das African Book Festival Berlin. Verfügbar auf: www.africanbookfestival.de. Oder das Latitude Programm des Goethe Instituts. Verfügbar auf: www.goethe.de.

86. J. Häntzschel: „Wie viel zurückgeht, bleibt offen“, In: *Sueddeutsche Zeitung*, 02. Mai 2021. Verfügbar auf: www.sueddeutsche.de.

87. J. Dinser: „Koloniale Atmosphäre ist verpufft“, In: *TAZ*, 23. April 2021. Verfügbar auf: www.taz.de.

staatliche Entschuldigung dafür geben, was nun offiziell als Völkermord anerkannt ist. Dennoch sind weder die versprochenen 1,3 Milliarden Euro über die nächsten 30 Jahre als offizielle Reparationszahlungen anerkannt bzw. angemessen. Noch wurden Vertreter*innen der Herero und Nama in die Verhandlung umfassend eingebunden, die bisher vergeblich für eine gemeinsame Erinnerungskultur kämpfen.⁸⁸ Hier zeigt sich letzten Endes, ob die BRD mit einer solchen Geste vor allem geo- und wirtschaftspolitisch strategische Kooperationen sichern möchte, oder ob ein ernst gemeintes Interesse an Partnerschaftlichkeit besteht.

88. J. Nguherimo: „Entschuldigung genügt nicht“, In: TAZ, 30. Mai, 2021. Verfügbar auf: www.taz.de.

Ausblick: Praktische Perspektiven emanzipatorischer Zusammenarbeit

Die deutsche Afrikapolitik zeichnet sich in den vergangenen Jahren durch internationale Initiativkraft und ein mäßig koordiniertes Mosaik von Vorhaben aus, das sich maßgeblich nach den Imperativen der Migrationsminderung und Außenwirtschaftsförderung richtet. Ein weiterer zu nennender Aspekt, der im Rahmen dieses Beitrags nur peripher Erwähnung fand, sind die geopolitischen Bestrebungen der deutschen Bundesregierung. Grundlegend ist dabei das formulierte Ziel: „Mit Afrika die regelbasierte Weltordnung stärken“, das im Rahmen der EU umgesetzt werden soll.⁸⁹ Gerade angesichts der steigenden Bedeutung, die anderen staatlichen Akteur*innen – insbesondere China – in den letzten Jahrzehnten auf dem afrikanischen Kontinent zugeschrieben wird, wird eine funktionierende Partnerschaft mit afrikanischen Staaten und AU als wichtiges Mittel für die Stärkung internationaler Institutionen sowie den Erhalt des globalpolitischen Einflusses Europas verstanden. Auch vor diesem Hintergrund ist der Fokus dieses Beitrags auf Machtkonstellationen in der Kooperation brisant – deuten doch einige Züge deutscher Afrikapolitik darauf hin, dass entgegen des eigenen Anspruchs Asymmetrien reproduziert statt aufgebrochen werden. Dass hier die deutsche Afrikapolitik die primäre Verfolgung deutscher Interessen als ihre legitime Aufgabe ansieht – analog zu entsprechenden Praxen in anderen Ländern – ist hierbei ein Symptom einer auf Nationalstaaten beruhenden Weltordnung. Eine kosmopolitische Überwindung von Nationalismen ist noch in weiter Ferne.

In erlaubter Kürze möchten wir mit dem Fazit wenige praktische Perspektiven zur Debatte stellen, die sich auf die Form der Zusammenarbeit und den Umgang mit polit-ökonomischen Machtstrukturen konzentrieren. Die Hierarchie der Beziehungen zeigt sich wohl am eklatantesten in der Einseitigkeit staatlich geförderten Wissenstransfers von Deutschland ausgehend in Richtung afrikanischer

89. Vgl. oben Bundesregierung, 2019, S.22.

Gesellschaften. Ein wechselseitiger Austausch ist jedoch nicht nur für eine ehrliche Partnerschaft, sondern gerade für global verwobene Herausforderungen wie die der Klimakrise unabdingbar. Wie fruchtbar Reziprozität sein kann, zeigt sich zum Beispiel im gegenseitigen Lernen und Unterstützen in internationalen Netzwerken von Umweltgerechtigkeitsorganisationen.⁹⁰ Doch auch für andere Themenfelder können bessere institutionelle Rahmenbedingungen zum Einbringen afrikanischer Expertise in politische Vorhaben in der BRD wertvoll sein. Die ungleiche Zusammenarbeit manifestiert sich zudem in der mangelnden Selbstbestimmung afrikanischer Partner*innen. Die großen Leitlinien richten sich zwar nach Zielen der Agenda 2063 der AU, entwerfen jedoch zumeist Strategien, die auf eurozentrischen Annahmen aufbauen. Zudem werden Vorhaben nur in seltenen Fällen von lokalen afrikanischen Organisationen durchgeführt. Selbst von in Deutschland ansässigen Instituten werden deutschen politischen Entscheidungsträger*innen fehlende Kenntnisse über afrikanische sozio-ökonomische Strukturen attestiert.⁹¹ Die verstärkte Einbindung afrikanischer Diaspora in der BRD, wie im Beispiel des vom BMZ geförderten Pilotprojekts zu Investitionen in informelle Kleinstunternehmen, kann eine überzeugende Möglichkeit sein, afrikanische Ideen und Lebensrealitäten stärker in den Mittelpunkt zu rücken.⁹² So demonstriert auch die Projektzusammenarbeit im zivilgesellschaftlichen Netzwerk Afrique-Europe Interact, dass die Unterstützung selbst initiiert und durchgeführter Vorhaben eine dezentrale und autonome Problem- und Lösungsdefinition verspricht.

Gleichsam zeigen die gegenwärtigen deutsch-afrikanischen Beziehungen, dass emanzipatorische Kooperationen nur auf Grundlage der gemeinsamen Bewältigung polit-ökonomischer Machtstrukturen funktionieren kann. Auch wenn die Aufarbeitung des kolonialen Erbes erst am Anfang steht, streben Initiativen deutsch-afrikanischer Kulturpolitik neue Formen der Partnerschaft an. Dass eine verbindende Erinnerungskultur in Deutschland von Antidiskriminierungs- und Empowermentinitiativen lebt, zeigt beispielsweise das Berliner Modellprojekt „Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt“, in dem das Gemeinschaftsprojekt Each One Teach One und die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland gestaltende Funktionen übernehmen.⁹³

90. Ein Beispiel ist der wechselseitige Austausch innerhalb des Netzwerks Friends of the Earth International.

91. Vgl. oben T. Lakemann/J. Lay, 2018.

92. A.A. Bangura: „Die afrikanische Diaspora – eine ungenutzte Ressource der Entwicklungspolitik“, In: *VENRO*, 13. Juli 2020. Verfügbar auf: www.blog.venro.org.

93. Kulturstiftung des Bundes: Dekoloniale, 2021. Verfügbar auf: www.kulturstiftung-des-bundes.de.

Vielversprechend mögen auch die gerade aufkeimenden Initiativen deutscher Bürokrat*innen zu antirassistischer Sensibilisierung sein, von denen wir in Hintergrundgesprächen in einigen der für die Afrikapolitik zuständigen Behörden erfahren haben. Damit einher geht die Hoffnung, dass in Zukunft entwürdigende Maßnahmen deutscher Migrationspolitik von der Verwaltung vermieden werden. Auch in den wirtschaftspolitischen Komponenten der deutschen Afrikapolitik wurde erkannt, dass deutsche Verwicklungen in Ausbeutungsverhältnisse auf dem afrikanischen Kontinent aufgedeckt und angegangen werden müssen. Um Verantwortung zum Abbau ökonomischer Ungleichheiten zu übernehmen, wäre es konsequent, starre Grenzen zwischen außen- und innenpolitischen Maßnahmen in strategischer Kohärenz und institutioneller Verbindung aufzulösen, zugunsten einer kohärenten globalen Strukturpolitik mit dem Ziel der Armutsbekämpfung. Beispiele starker Verknüpfung politischen Engagements in Deutschland und Projektzusammenarbeit mit afrikanischen Partnern lassen sich vermehrt bei nicht-staatlichen Organisationen wie Misereor oder medico international beobachten. Maßnahmen globaler Strukturpolitik wie eine Unterstützung der Initiative „Chocpec“ von Ghana und Côte d’Ivoire für faire Preise im Kakaosektor⁹⁴ wären jedoch auch für die staatliche Afrikapolitik durchaus im Rahmen des Möglichen. Abschließend wird damit einmal mehr klar, dass „Afrikapolitik“ mindestens genauso in Deutschland stattfindet. Ob sich ein solches Umdenken zeitnah auch in Strukturen und Inhalten staatlicher deutsch-afrikanischer Zusammenarbeit widerspiegelt, bleibt auch mit der kommenden Bundestagswahl 2021 abzuwarten.

94. Siehe z.B. „Côte d’Ivoire and Ghana Unite on Cocoa Trade, Creating ‘Chocpec‘“, in: *The Africa Report*. Verfügbar auf: www.theafricareport.com.

Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

- M. Öhm, [Deutsche Entwicklungszusammenarbeit: Auf dem Weg zu einer geopolitischen Evolution? Jüngste Geschichte, aktuelle Trends und Zukunftsperspektiven](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 165, Juli 2021
- E. Dubslaff, [Die SPD zwischen programmatischer Neuausrichtung und politischer Kontinuität?](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 164, Juli 2021
- W. Zellner, [Die Bedeutung der OSZE für die deutsche Diplomatie](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 163, Juli 2021
- U. Jun, [Die FDP: Wieder liberales Korrektiv nach der Bundestagswahl 2021?](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 162, Juni 2021.
- T. Holzhauser, [Was ist links und für wen? Die Linke im Ringen um ihre Identität?](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 161, Mai 2021.
- P. Maurice, [Un pacifisme à géométrie variable. Les partis allemands et la participation de la Bundeswehr à des opérations extérieures](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 160, April 2021.
- F. Chr. Matthes, [Auswirkungen des Kohleausstieg für die Stromerzeugung in Deutschland: Best Practice Modell für Europa?](#), *Études de l'Ifri*, April 2021.
- M. Krpata, [Das Automobil, Achillesferse der deutschen Industrie?](#), *Études de l'Ifri*, März 2021.
- U. Eith, [Baden-Württemberg unter grüner Führung – Bilanz zweier Regierungsperioden unter Winfried Kretschmann](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 159, März 2021.
- A. Lensing, [Bündnis 90/Die Grünen, neue Volkspartei oder „Bündnispartei“?](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 158, Januar 2021.



27 rue de la Procession 75740 Paris cedex 15 – France

Ifri.org